

# Rüebliorte für Karin Keller-Sutter

Die Bundesrätin war auf Einladung von FDP-Nationalrätin Maja Riniker zu Gast am Apéro Fédéral in Aarau.

Fabian Hägler

Normalerweise wird Maja Riniker am Apéro Fédéral interviewt und berichtet über ihre Erfahrungen im Bundesbern. Am Montagabend in der Aeschbachhalle in Aarau war es anders: FDP-Nationalrätin Riniker betätigte sich als Moderatorin und befragte Bundesrätin Karin Keller-Sutter. «Als ich sie angefragt habe, war sie noch Justizministerin, wir hätten hier wohl über innere Sicherheit oder Flüchtlingsfragen diskutiert», sagte die Riniker. Doch inzwischen ist Keller-Sutter seit einigen Monaten Finanzministerin und so war klar, dass die CS-Rettung und der Notkredit für die Grossbank ein Thema des Gesprächs war.

Die Bundesrätin sagte im Rückblick auf den 19. März, als die Landesregierung den Entscheid fällte: «Ich war angetrieben vom Gedanken: Wir müssen Schaden von der Schweiz abwenden, koste es, was es wolle.» Keller-Sutter sagte, sie habe damals fast bis zum Umfallen gearbeitet, aber das sei auch notwendig gewesen. «Dafür bin ich da, dafür bin ich gewählt, ich setze meine ganze Kraft ein, um eine Lösung zu finden.»

Wenn die CS in Konkurs gegangen wäre, hätte dies laut der Bundesrätin eine grosse Krise auf dem Finanzplatz ausgelöst: «Der Zahlungsverkehr wäre wohl ausgefallen, die Löhne wären nicht bezahlt worden, Kredite für KMU wären gefährdet gewesen.»

**CS-Abstimmung: «Machte mir keine Illusionen»**

Auf die Frage von Riniker, wie sie sich gefühlt habe, als der Nationalrat den Notkredit für die CS ablehnte, sagte Keller-Sutter: «Ich habe das mit grosser Gelassenheit aufgenommen, denn wir hatten das Ziel der Finanzstabilität erreicht.» Das Nein des Parlaments habe nichts mehr daran ändern können, weil der Notrechts-Entscheid schon definitiv gewesen sei, der Bundesrat habe das politische Signal aber zur Kenntnis genommen.

«Das Parlament traute sich wohl nur Nein zu sagen, weil es wusste, dass das Nein keine rechtlichen Auswirkungen hat», sagte Keller-Sutter und sorgte



Bundesrätin Karin Keller-Sutter (rechts) wird beim Apéro Fédéral von FDP-Nationalrätin Maja Riniker befragt.

Bild: Mathias Förster

damit für Heiterkeit in der voll besetzten Aeschbachhalle. Sie habe alles versucht, die Position und die Überlegungen des Bundesrats erklärt, aber das Nein habe sich früh abgezeichnet. «Ich habe mir keine Illusionen gemacht, darum war ich auch nicht zu sehr enttäuscht über das Ergebnis».

**Vorgeschichte seit der Finanzkrise untersuchen**

Zur Frage, ob es eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) braucht (wie es auch Riniker will), äusserte sich die Bundesrätin diplomatisch. Es sei Sache des Parlaments, darüber zu entscheiden, «aber mir wäre es wichtig, die Vorgeschichte des Falles anzuschauen», betonte Keller-Sutter. Eine Untersuchung sollte aus ihrer Sicht zurückgehen bis zur Finanzkrise von 2008 und die Frage stellen, ob die Gesetze, die seither erlassen wurden, etwas gebracht hätten. Der starke Schweizer Finanzplatz sei kein Selbstzweck, sondern diene der

Wirtschaft, gerade für Unternehmen im stark exportorientierten Kanton Aargau sei dies wichtig, hielt die Finanzministerin fest.

**«Politshow und Klamauk sind okay, aber die Oberhand sollten Kräfte haben, die Kompromisse anstreben.»**

**Karin Keller-Sutter**  
Bundesrätin

rin fest. Wenn die Schweiz weiterhin einen starken Bankenplatz wolle, sei dies nicht gratis und nicht ohne Risiko zu haben. Für Keller-Sutter ist klar: «Wir müssen die Diskussion führen, welchen Preis wir dafür zahlen wollen.»

**Boxen und Backen: Das sind die Hobbys von Keller-Sutter**

Maja Riniker ist derzeit zweite Vizepräsidentin des Nationalrats, im Jahr 2025 dürfte sie zur höchsten Schweizerin gewählt werden und damit die Grosse Kammer präsidieren. Die FDP-Nationalrätin empfand die Sondersession zum Teil als unwürdiges Spektakel, bei dem sich einige Parlamentarier selbst inszeniert hätten, wie sie sagte. Keller-Sutter meinte, es gebe Politiker, die primär Politshow und Klamauk wollten. «Das ist okay, das gehört dazu, aber die Oberhand sollten Kräfte haben, die den Kompromiss wollen.»

Nach dem kurzweiligen Gespräch überreichte Maja Riniker ihrer Parteikollegin eine selbst

gebackene Rüebliorte. Keller-Sutter freute sich sichtlich und sagte, ihre Hobbys seien Backen und Boxen. «Ich backe auch ab und zu eine Rüebliorte, wir können uns gegenseitig mal einladen zum probieren.» Der Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth, der ein kurzes Referat zur OECD-Mindeststeuer hielt, nahm das Geschenk gleich rhetorisch auf: «Wenn es am 18. Juni kein Ja gibt, haben wir keinen Kuchen zum Verteilen, auch keine Rüebliorte.»

**Fehler weniger schlimm als nicht entscheiden**

Dieth lobte Riniker als geradlinige Politikerin, die immer gut vorbereitet sei und sagte: «Die Frau weiss, was sie will.» Dies ist laut Karin Keller-Sutter ein wichtiges Merkmal von Führungskräften. «Die schlimmsten sind nicht die, die einen Fehler machen, sondern die, die nicht entscheiden.» Man müsse den Mut haben, etwas durchzuziehen, nicht für sich selber, sondern für die Sache, ergänzte sie.

Nachrichten

**Vermisster wurde tot in Aare aufgefunden**

**Döttingen** Am 1. Mai wurde die Leiche eines Mannes in der Aare gefunden. Wie die Polizei am Montag mitteilte, handelt es sich dabei um den 71-Jährigen, der seit dem 25. März vermisst wurde. Es liegen keine Hinweise auf eine Dritteinwirkung vor. (az)

**Rösti und Attiger besichtigen Notkraftwerk**

**Birr** Bundesrat Albert Rösti hat gestern Montag zusammen mit Regierungsrat Stephan Attiger, Vorsteher des Departements Bau, Verkehr und Umwelt, das Reservekraftwerk in Birr besichtigt. Dabei machte der Kanton Aargau seine Position klar: Wegen der Lärm- und Luftbelastung soll das Kraftwerk nur im Notfall und zeitlich befristet eingesetzt werden. Aus Sicht des Aargaus soll der Standort Birr strategisch weiterentwickelt und so rasch wie möglich eine reguläre, innen aufgestellte Gasturbine als Reservekraftwerk erstellt werden. (az)

**Zwei BMW prallen auf der A1 in die Leitplanke**

**Neuenhof** Am Sonntag prallte ein 20-Jähriger mit seinem BMW M6 gegen die Leitplanke der A1. Auf der nassen Fahrbahn brach das Heck des 500 PS starken Sportwagens aus – warum ist noch unklar. Der Fahrer blieb unverletzt, am BMW entstand Totalschaden. Bloss 400 Meter weiter in Richtung Bern kam es dann um 21.30 Uhr nochmals zu einem Selbstunfall. Dabei geriet die 31-jährige Lenkerin eines BMW 120 ins Schleudern und prallte gegen die Mittelleitplanke. Auch sie blieb unverletzt. (az)

**Änderungen in der Konzernleitung**

**Siegfried** In der Konzernleitung des Zofinger Pharma-Unternehmens Siegfried kommt es diversen Änderungen. Irene Wosgien wird die globale Verantwortung als Chief Human Resources Officer ab dem 1. Juli von Arnoud Middel übernehmen, der Siegfried nach zwölf Jahren verlässt. Henrik Krüpper wird spätestens am 1. November als neuer Chief Operating Officer Drug Substances zu Siegfried stossen. Sowohl Wosgien als auch Krüpper werden Mitglieder des Executive Committee. (az)

## Lernende fälschte Gerichtsvorladung, um Urlaub zu erhalten

Die Staatsanwaltschaft sprach mehrere Strafen wegen Urkundenfälschung aus.

Dominic Kobelt

Eine medizinische Praxisassistentin aus dem Bezirk Baden hatte an ihrer Arbeitsstelle ein Problem: Die Ferienwünsche, die sie bei ihrer Chefin eingegeben hatte, wurden ihr nicht gewährt. Als Begründung machten die Vorgesetzten einen personellen Engpass in dieser Zeit geltend.

Doch so schnell gab die Lernende nicht auf. Die Aargauerin griff zu einem ungewöhnlichen

Mittel: Ende Juli 2022 fälschte sie eine Vorladung des Obergerichts des Kantons Bern. Diese wies sie als Angeklagte in einer Gerichtsverhandlung aus, zu der sie zu erscheinen hätte.

Doch der Betrug flog auf. Die heute 23-Jährige habe Dokumente gefälscht, um sich einen Vorteil zu verschaffen, befand die Staatsanwaltschaft. Mittels Strafbefehl verurteilte sie die Frau wegen Urkundenfälschung zu einer bedingten Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu 30 Fran-

ken, einer Busse von 300 Franken und Strafbefehlsgebühren von 800 Franken.

Ein damals 35-jähriger Nordmazedonier, wohnhaft im Bezirk Zofingen, hat ebenfalls Dokumente gefälscht. Er hat für seine Frau Lohnabrechnungen erstellt – allerdings hatte diese nie bei der entsprechenden Firma gearbeitet. Der Mann erstellte in Microsoft Word Lohnabrechnungen, als Vorlage verwendete er Dokumente eines ehemaligen Mitarbeiters seiner Firma.

Die Absicht: Er wollte einen Leasingvertrag für einen Audi Q3 bekommen. Dieser hätte auf den Namen seiner Ehefrau lauten sollen. Mit den gefälschten Lohnabrechnungen habe der Beschuldigte die Bank hinsichtlich der finanziellen Situation täuschen wollen, heisst es im Strafbefehl.

Statt des Audis erhielt der 35-Jährige eine Rechnung. Wegen Urkundenfälschung wurde er zu einer bedingten Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu 60 Fran-

ken und einer Busse von 600 Franken verurteilt. Zudem muss er die Strafbefehlsgebühren über 800 Franken und die Polizeikosten von 61 Franken tragen.

**Drei Arztzeugnisse gefälscht**

Zwischen August und November hat ein 26-Jähriger drei Arztzeugnisse gefälscht. Das Besondere daran: Der Badener besucht selbst die Berufsfachschule Gesundheit und So-

ziales. Ob die Fälschungen zu schlecht gemacht waren oder ob die Schulleitung dank Expertise den Betrug aufdecken konnten, ist aus dem Strafbefehl nicht ersichtlich.

Die Staatsanwaltschaft hat den Schüler wegen mehrfacher Urkundenfälschung zu einer bedingten Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu 40 Franken, einer Busse von 300 Franken, Strafbefehlsgebühren und Polizeikosten von zusammen 815 Franken verurteilt.